

AUSGABE JULI 2008

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

**SENFIN –
weit entfernt
von unseren
Problemen!**

Seite 4

ver.di gewinnt GJAV-Wahlen

Die Umlaufbahn verlassen

SenFin entfernt sich immer weiter von den Beschäftigten



„Es scheint, als habe die Senatsverwaltung für Finanzen die Umlaufbahn um die Berliner Finanzämter verlassen“, so Klaus-Dieter Gössel, ver.di-Vorsitzender der Berliner Finanzämter. Gössel weiter: „Als die OFD Berlin aufgelöst wurde, hatten die Beschäftigten erwartet, dass die Senatsverwaltung für Finanzen näher an die Finanzämter herandrückt und die ministerielle Abgehenheit verlässt. Doch die Chance, sich den Beschäftigten in den Finanzämtern und damit unseren Problemen anzunähern, hat SenFin nicht ergriffen. Im Gegenteil! Das ist enttäuschend für alle KollegInnen, die sich mit ihren Problemen immer mehr allein gelassen fühlen.“

„Es scheint, als habe die Senatsverwaltung für Finanzen die Umlaufbahn um die Berliner Finanzämter verlassen“, so Klaus-Dieter Gössel, ver.di-Vorsitzender der Berliner Finanzämter. Gössel weiter: „Als die OFD Berlin aufgelöst wurde, hatten die Beschäftigten erwartet, dass die Senatsverwaltung für Finanzen näher an die Finanzämter herandrückt und die ministerielle Abgehenheit verlässt. Doch die Chance, sich den Beschäftigten in den Finanzämtern und damit unseren Problemen anzunähern, hat SenFin nicht ergriffen. Im Gegenteil! Das ist enttäuschend für alle KollegInnen, die sich mit ihren Problemen immer mehr allein gelassen fühlen.“

Da ist es kein Wunder, wenn die Berliner Morgenpost am 28. Mai mit dem Aufmacher „Krankenstand in Berliner Finanzämtern am höchsten“ erscheint. Die Senatsverwaltung für Finanzen nimmt durch ihre Sprecherin Kristina Tschenett zu den Gründen dafür in üblicher SenFin-Manier Stellung: „Das ist je nach Einzelfall verschieden. Die Finanzverwaltung unternimmt aber Anstrengungen herauszufinden, woran das liegt.“ Wir kennen die Qualität dieser Anstrengungen. Zielvereinbarungen werden den VorsteherInnen zum Abschluss vorgelegt, die nichts von den Problemen bei der Einführung von EOSS erkennen lassen und die heile Finanzamtswelt vortäuschen. Genauso wie in der SenFin-Presserklärung zum EOSS-Umstieg im Dezember 2007. Auch hier nichts als Beschönigung und Verharmlosung.

ver.di hat mit ihrer Presserklärung Anfang Februar 2008 die Öffentlichkeit über die wirklichen Zustände in den Finanzämtern aufgeklärt und sich damit als einzige öffentlich vor die Beschäftigten gestellt. Das wäre in erster Linie die Aufgabe der Senatsverwaltung für Finanzen gewesen. Die beschränkt sich aber nach wie vor auf das Schönreden der Probleme. So heißt es aus dem Hause der Senatsverwaltung für Finanzen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM), einem 2004 gesetzlich eingeführten Verfahren zur Wiedereingliederung langfristig erkrankter KollegInnen, dass diese Verfahren gut liefen. Falsch! In den meisten Finanzämtern läuft viel zu wenig, um genesenen Beschäftigten nach längerer oder häufiger Erkrankung die Rückkehr in die Arbeitswelt zu erleichtern. Selbst nach dem Abschluss der Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement mit dem Hauptpersonalrat (DV Gesundheit) im November 2007 hat sich nur ganz vereinzelt etwas getan. Wenn jetzt SenFin die Presse wissen lässt, dass Schulungen mit den Vorstehern der Finanzämter geplant seien, um sie dafür zu sensibilisieren, in Gesprächen mit den Mitarbeitern herauszufinden, wo das Problem liege, ist das nichts anderes als ein Offenbarungseid von SenFin und das Eingeständnis eigenen Versagens.

Die Beschäftigten erwarten jetzt wirkliche und nachhaltige Anstrengungen. Das heißt, weg mit den Zielvereinbarungen, kein weiterer Statistickdruck, kein weiterer Stellenabbau, eine Erhöhung des Einstellungskorridors, kein erneutes Schönreden der Situation und ein wirklich offenes Ohr für die Probleme der KollegInnen.

Klaus Wilzer
GPR-Vorsitzender,
im Interview



vau: Im GPR-INFO wirfst Du den Verantwortlichen in der Senatsverwaltung vor, sie hätten den Blick für die Wirklichkeit verloren. Woran machst du das fest?

Klaus Wilzer: Na bei EOSS wird das ja wohl ganz deutlich. SenFin behauptet, EOSS laufe einwandfrei und sie scheinen es selbst auch noch zu glauben; währenddessen kämpfen die Beschäftigten in den Finanzämtern mit der Technik.

vau: Wie sollte sich denn SenFin stattdessen verhalten?

K.W.: Jedenfalls nicht den Finanzämtern Zielvereinbarungen aufdrücken, in einer Zeit, in der sie eher den Service bräuchten. Schließlich sind es Ziel- und Servicevereinbarungen, die SenFin abschließen will.

vau: Das heißt?

K.W.: Die Kolleginnen und Kollegen brauchen jetzt praktische Hilfe bei ihrer Arbeit: täglich, zeitnah und zuverlässig. Alle Programme müssen endlich zum Laufen gebracht werden. Nutzbare Vordrucke muss das System zur Verfügung stellen. Alle Ressourcen brauchen wir jetzt in Berlin, statt schon heute andere Bundesländer bei der EOSS-Einführung zu unterstützen. SenFin will sich damit anderswo profilieren und lässt unsere Kolleginnen und Kollegen im Stich.

Leere Worte

Liebe KollegInnen, die deutsche Steuerverwaltung hat die höchste Zahl an Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsanweisungen und Rechtsprechung im Vergleich aller Länder. Und die Regelungswut ist trotz gegenteiliger Bekundungen ungebrochen. Dennoch wird kontinuierlich und in erheblichem Maße Personal abgebaut. Natürlich ist auch in Berlin die Arbeitsbelastung kräftig angestiegen. Hinzu kommen die Unzulänglichkeiten des unlängst eingeführten IT-Verfahrens EOSS, unter denen die KollegInnen weiterhin leiden. Trotz all dieser Schwierigkeiten sind die Arbeitsergebnisse weiterhin hervorragend. Das schreibt auch Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin kürzlich in einem an alle Beschäftigten gerichteten Schreiben, in dem er sich für die hervorragenden Leistungen bedankt. Was läge da näher, den Worten auch Taten folgen zu lassen?

Nichts dergleichen geschieht. Maßvolle Gehaltserhöhungen werden verweigert. Und die Senatsverwaltung für Finanzen verharmlöst die bestehenden Probleme in den Finanzämtern nach wie vor in der Öffentlichkeit. Der Stellenabbau wird unvermindert fortgesetzt.

Da kann ein solches Dankschreiben nur als Hohn empfunden werden. Die Beschäftigten brauchen einen Senator, der sich vor sie stellt und keinen, der sie

in der Öffentlichkeit diffamiert, indem er so tut, als würden alle Unzulänglichkeiten an der mangelnden Lernfähigkeit der Beschäftigten liegen. Aber Sarrazin weiß, was zu tun ist: Markige Sprüche ablassen und nebenbei auch noch die winzigen Zuwendungen für 25 und 40 Jahre harte Arbeit einkassieren.

Sarrazin und mit ihm die Leitung der Senatsverwaltung erkennen die Leistungen der KollegInnen nicht wirklich an. Wertschätzung ist ein Fremdwort, das „da oben“ keine Bedeutung hat. Gerade aber eine positive Würdigung für die geleistete Arbeit, die sich auch in Taten ausdrückt, würde zu mehr Motivation und Arbeitsfreude führen. Statistikdruck bewirkt nur das Gegenteil. Wer keine ehrliche Anerkennung für seine Leistungen erfährt, der kann sich mit seiner Arbeit auch nicht mehr identifizieren.

Ein solches Verhalten der Leitungsebene führt aber nicht allein zu weniger Engagement und Schaffensfreude, es macht letztlich auch krank. Immer mehr KollegInnen brennen aus und die Fehlzeiten wegen psychischer Erkrankungen steigen dramatisch. Ein Umsteuern ist hier dringend geboten. Dafür wird ver.di verstärkt eintreten, denn die Menschen müssen immer noch im Vordergrund stehen.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____ Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
 Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
 lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.



GJAV-Wahl gewonnen

Die Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen vom 21. Mai 2008 waren dank Deiner Stimme auch in diesem Jahr wieder sehr erfolgreich für uns !!!

Mischung aus Erfahrung und jungen motivierten KollegInnen in Deiner Ausbildung zur Seite stehen.

Für jeden von uns geht die Zeit der Jugend einmal vorbei. Nach einigen Jahren Jugend- und Auszubildendenvertretung durften Francisca Bier und André Knoblauch dieses Jahr nicht mehr als Kandidaten für die Wahlen antreten. Sie werden uns aber auch in Zukunft mit Rat und Tat unterstützen und weiterhin aktiv in der ver.di-Jugendgruppe vertreten sein.

Auch in der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) hat sich einiges getan. Dir bereits durch den GJAV-Flyer bekannte KollegInnen werden dank Deiner Stimme hier ihre Arbeit als JugendvertreterInnen angehen.

Jetzt heißt es, die Ärmel hochkrempeln und an die Arbeit gehen.

Auch in diesem Jahr stehen uns die Übernahmen der AnwärtlerInnen des Mittleren und gehobenen Dienstes der Einstellungsjahrgänge 2005 und 2006 bevor. Unser Ziel ist es, dass auch dieses Jahr wieder möglichst viele AnwärtlerInnen übernommen werden. Genaue Zahlen sind bisher von der Senatsverwaltung für Finanzen jedoch noch nicht bekannt gegeben worden.

Darüber hinaus gilt es, die Qualität der Ausbildung weiterhin zu verbessern. Ein erster Schritt hierzu war die Fertigstellung der Fachhochschule Königs Wusterhausen und die Einführung des Anwärterlaufzettels für die berufspraktische Ausbildung.

Wir freuen uns auf zwei Jahre Jugendvertretung mit Dir und würden uns freuen, die Eine oder den Anderen mal in unserer Jugendgruppe begrüßen zu können.



V.l.n.r.:

Nadine Lichhorn,
Ricarda Weinert,
Dennis Feldner,
Katharina Mundt,
Martin Westendorf,
Lina Lustig

Die neue Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) hat sich am 30. Mai 2008 konstituiert. Wir sind als ver.di-Jugend und Nichtorganisierte wieder zahlreich vertreten. Dank Deiner Hilfe konnten wir sechs der neun verfügbaren Sitze in der GJAV behaupten und den Vorsitz sowie die beiden Stellvertreterposten besetzen. Als Vorsitzende wird Dich auch in den nächsten zwei Jahren Nadine Lichhorn begleiten. Martin Westendorf wurde als 1. Stellvertreter, Lina Lustig als 2. Stellvertreterin gewählt.

In der nun neu konstituierten GJAV können wir auf 6 Jahre aktive Personalvertretung im Bereich der Jugend zurückblicken. Somit werden wir Dir auch in den nächsten zwei Jahren mit einer guten

Deine ver.di - Jugendgruppe

Auf ein Wort

Francisca Bier und André Knoblauch haben zusammen mit Nadine Lichhorn, der alten und neuen GJAV-Vorsitzenden, in den letzten Jahren die ver.di-Jugendarbeit maßgeblich gestaltet und viele Impulse in die Arbeit der Jugendvertretungen gegeben. Mit der Neuwahl im Mai 2008 endete ihre Amtszeit in der HJAV und der GJAV. Eine erneute Kandidatur war beiden leider nicht mehr möglich – und zwar aus Altersgründen! Kein Grund, sich mit 27 Jahren schon zur Ruhe zu setzen. Die vau möchte deshalb wissen, was die beiden jetzt vor haben.

vau: Mit den Wahlen zu den Jugendvertretungen ist eure Amtszeit zu Ende gegangen. Was nehmt ihr aus dieser Zeit mit?

André: In den letzten Jahren konnten wir viele Erfahrungen und Eindrücke sammeln. Das letzte Highlight war dann auf jeden Fall die Aufstellung unserer Liste und natürlich das tolle Wahlergebnis.

Francisca: Ja und außerdem ist es klasse, wie viele AnwärterInnen und junge KollegInnen bereit waren, auf unserer Liste zu kandidieren und sich in der Jugendvertretung zu engagieren.

vau: Wie geht es jetzt mit euch weiter?

Francisca: Für mich hieß es erstmal aus der Freistellung in der HJAV zurück ins FA Treptow/Köpenick. Dort sitze ich jetzt auf dem Ausbildungsplatz und arbeite mich wieder in die Festsetzung ein.

André: Ich habe mich Anfang des Jahres für einen

Wechsel in die Betriebsprüfung entschieden und werde daher ab Oktober am BP-Lehrgang teilnehmen.

Außerdem werden wir uns beide engagiert in die GPR-Arbeit stürzen.

Francisca: Aus der Jugend sind wir ja auch noch nicht raus, denn wir sind ja weiterhin ein Teil der ver.di-Jugendgruppe und unterstützen so unsere JugendvertreterInnen.

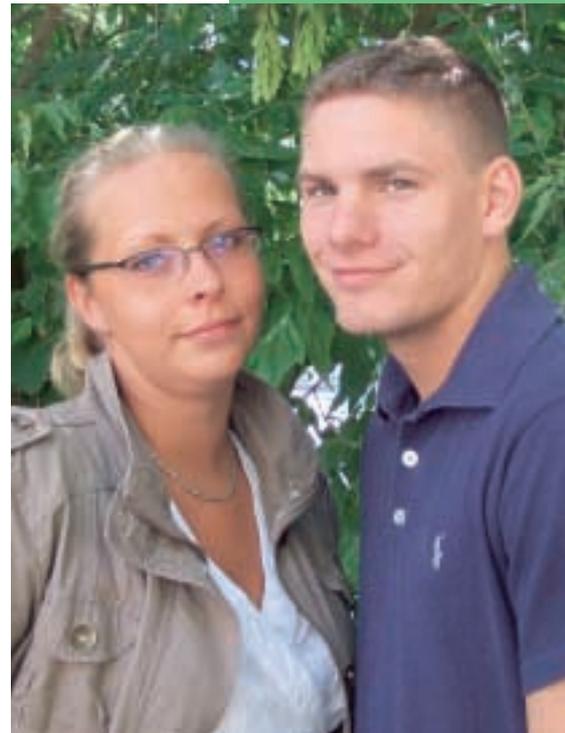
vau: Was meint ihr mit „in den GPR stürzen“?

André: Na, auf jeden Fall werden wir den Schwung aus der GJAV-Arbeit mit in den GPR nehmen.

Francisca: ... und natürlich wird unser Herz auch im GPR für unsere jungen KollegInnen schlagen. Das heißt aber nicht, dass nur Themen wie Ausbildung und Übernahme für uns wichtig sind. Wir werden uns mit den täglich anfallenden Problemen auseinandersetzen.

André: Themen wie EOSS, Beurteilungen und die Stellensituation betreffen schließlich alle.

vau: Wir danken euch für dieses Gespräch.



Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Seminar

Vom 15. bis 19.9.2008 findet das Seminar Geschichte der Reichsfinanzverwaltung 1933 bis 1945 im Haus der Wannseekonferenz statt. Anmeldeformulare sind bei den ver.di-Vertrauensleuten oder bei Klaus-Dieter Gössel, Tel. 10605, erhältlich. Für ver.di-Mitglieder ist das Seminar kostenlos, denn ver.di übernimmt den Teilnahmebeitrag von 70 €, der auch Mittagessen und Kaffee/Tee beinhaltet. Wir würden uns über Ihr Interesse und Ihre Anmeldung freuen.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
 Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de
 Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann
 Layout: Manfred Schultz
 Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de
www.vau-online.de
 Leserbriefes an: info@vau-online.de



vau

Langer Atem

ver.di kämpft seit Monaten für eine Gehaltssteigerung in Berlin

Der Berliner Senat behandelt seine Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie lästige Bittsteller. Er verweigert ihnen stur und unnachgiebig angemessene Gehaltssteigerungen. Auf der anderen Seite kassiert er seit Jahren die Beschäftigten im Landesdienst ab. So sind seit 1996 im öffentlichen Dienst in Berlin rund 70000 Stellen abgebaut worden. Dementsprechend ist der Arbeits-

druck erheblich gestiegen. Und seit 2003 leisten die Beschäftigten einen Beitrag von 500 Mio. € jährlich zur Sanierung des Haushalts. Das alles wird vom Senat nicht gewürdigt. Als Dank für die letzten fünf Jahre ohne jede Gehaltserhöhung sollen die Kolleginnen und Kollegen nun mit einem Taschengeld abgespeist werden. Dabei darf nicht verkannt werden, dass es erst die Be-

Anzeige

NÜRNBERGER Beamten
Versicherungen – Beamtendarlehen

Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,88 %*1

*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie.

NÜRNBERGER Beamten
Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Berlin GA
Thomas Otto
Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin
Tel. 030 88422-320, Fax 030 88422-350
thomas.otto@nuernberger.de
www.nuernberger.de

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE



Anten für eine erlin

schäftigten waren, die dem Senat dieses bescheidene Angebot auf der Straße abgetrotzt haben. Nur durch ihre Teilnahme an den ver.di-Aktionen, Demonstrationen und Streiks wurden Wowereit und Sarrazin gezwungen, sich überhaupt zu bewegen. Das zeigt aber auch, dass die sichtbare Teilnahme an ver.di-Aktionen durchaus etwas bewirken kann.

Inzwischen ist die Inflationsrate auf über 3 % pro Jahr gestiegen. Andere Bundesländer haben reagiert und zahlen ihren Beschäftigten bereits seit 1.1.2008 ein um 2,9 % erhöhtes Gehalt. Und sie sind auch der Forderung von ver.di auf zeitgleiche Übertragung dieses Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten weitgehend nachgekommen.

Jetzt heißt es in Berlin: Nicht nachlassen, den Druck aufrechterhalten und noch erhöhen!

Nur so kann unser uneinsichtiger Arbeitgeber in die richtige Richtung gedrückt werden. Wir brauchen weiterhin einen langen Atem und die Bereitschaft, für unsere Forderung zu kämpfen. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich beteiligen, desto wirksamer wird es sein.

ver.di kämpft für folgende Forderungen:

- Eine tabellenwirksame Erhöhung der Monatseinkommen um 2,9 % wie in den anderen Bundesländern.
- Erhöhung der Einkommen um das Volumen der bisher vorenthaltenen Einmalzahlungen von 3 x 300 € für die Jahre 2005 bis 2007.
- Inhaltsgleiche Übertragung auf die BeamtInnen.



Warnstreik am
19. September 2007

Streik am
12. Dezember 2007

Streik am
10. April 2008

Aktive Mittagspause
auf dem Fehrbelliner
Platz am 8. Mai 2008

Aktive Mittagspause
vor dem FA Charlotten-
burg am 15. Mai 2008

Streik am
29. Mai 2008

ver.di kümmert sich um „Gute Arbeit“

Urlaub darf nicht verfallen

Die Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist der Ansicht, dass Urlaub, der wegen Krankheit nicht genommen werden konnte, nicht verfallen darf. Die im Bundesurlaubsgesetz bzw. in Tarifverträgen enthaltene Regelung, dass der Urlaub für Arbeitnehmer/innen verfällt, wenn er nicht im Folgejahr bis zu einem bestimmten Zeitpunkt angetreten worden ist, verstöße gegen EU-Recht. Sobald das Urteil des EuGH dazu bekannt ist, werden wir Sie informieren.



Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen sonnige und erholsame Urlaubstage!

ver.di ist die größte Dienstleistungsgewerkschaft. Das ist nicht neu! Genauso bekannt sind die unzähligen Aktivitäten von ver.di, wenn es darum geht, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu gestalten, für Arbeitsplatzsicherheit zu kämpfen, um mehr und gerechteren Lohn zu streiten, Tarifverhandlungen zu führen und sich in die Entwicklung des Beamtenrechts einzumischen. Weniger bekannt sind die ver.di-Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Bei allem Augenmerk auf die Angriffe der Arbeitgeber – auch und gerade der öffentlichen – auf Löhne, Zuwendungen, Arbeitszeit und Kündigungsschutz, müssen Gewerkschaften heute mehr drauf haben. Vor dem Hintergrund eines rasanten Stellenabbaus und einer kaum noch erträglichen Arbeitsverdichtung hat der Einfluss der individuellen Arbeitsbedingungen auf die anderen Lebensbereiche stetig zugenommen. Die Grenzen zwischen Arbeitszeit und übriger Zeit sind durchlässiger geworden, Unzulänglichkeiten in einem Bereich wirken sich unmittelbar auf den anderen aus.

ver.di hat schon lange erkannt, dass Arbeit Teil des Lebens ist und deshalb nicht losgelöst betrachtet werden kann. Gute und sichere Arbeitsbedingungen sind Voraussetzungen für ein gutes und zufriedenes Leben. In vielen Projekten beackert ver.di diesen Themenbereich. Die Projekttitle machen deutlich, worum es dabei geht: „in Balance: gutes Leben – gute Arbeit“, „Die Vätermomente kommen“, oder „Gender-Stress – Geschlechterrollen und psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ sollen hier nur stellvertretend für viele Initiativen genannt werden,

mit denen die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Vereinbarkeit von Beruf und den privaten Lebensbereichen verbessert werden sollen. Dabei steht nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Blickfeld. Für ver.di gehören gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ebenso die Ermöglichung der Pflege von Angehörigen oder die Verwirklichung eines alter(n)sgerichteten Arbeitens dazu. Aber auch soziales und ehrenamtliches Engagement

sind gesellschaftlich wichtig und verdienen mehr Aufmerksamkeit. Sind Arbeit und Leben nicht in Balance, ist häufig Krankheit die Folge. Da muss es beunruhigen, dass am 28. Mai 2008 die Berliner Morgenpost mit der Schlagzeile „Krankenstand in Berliner Finanzämtern am höchsten“ erschienen ist. Alles, was SenFin dazu einfiel, war die übliche Magerkost. Erst hieß es aus der Oberbehörde, man wolle Anstrengungen unternehmen herauszufinden, woran das liege und dann die Vorsteher schulen, einen Tag später ließ man in derselben Zeitung verlauten, die Eingliederungshilfen liefen gut in den Behörden und am 30. Mai 2008 wurde darauf verwiesen, dass die veröffentlichte Zahl nicht stimme, weil sie aus dem Kontext des Betrieblichen Eingliederungsmanagements stamme. Typisch SenFin: Es wird demontiert, konstruiert, verharmlost und beschönigt, anstatt die offensichtlichen Probleme anzugehen.

Kein Wunder, dass der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Klaus Wilzer, gegenüber der Berliner Morgenpost (29. Mai 2008) deutliche Worte findet: „Die Probleme in den Finanzämtern werden verniedlicht. Es herrscht hoher Arbeitsdruck, es fehlt Personal und die Technik läuft nicht. Die Mitarbeiter fühlen sich vom Finanzsenator im Stich gelassen“.

Genau so ist es! Der Senator hat besseres zu tun, als sich um seine Beschäftigten und ihre Probleme zu kümmern. In der ersten Klasse des ICE sitzend beschwert er sich gegenüber der Morgenpost in einem Gespräch, dass in Berlin die Leute verlottert in Trainingsanzügen rumschlurfen, sich gehen lassen. Auch, dass Hartz-IV-Empfänger lieber schwarz arbeiten sollten, als vor dem Fernseher abzuhängen und sich nicht jeden Tag von Leberkäse gesund ernähren wollen. Mit den Worten „Ich pöbele nie, sondern drücke mich klar und präzise aus“ kommentiert Sarrazin seine Hetzparolen gegenüber den sozial Schwachen und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Warum er erste Klasse fahre: Na da werde man von schreienden Babys oder trinkenden Soldaten nicht so gestört, so Sarrazin. Gestört ist er wahrscheinlich schon, dieser Senator, der 90 % von allem, was er gesagt hat, immer wieder gerne wiederholen würde.

Und ver.di wird ihn weiterhin stören.